

Das christliche Menschenbild als Fundament

- Fünf Anmerkungen zur Grundsatzprogrammdebatte der CDU -

Die CDU hat sich vorgenommen, ihr Grundsatzprogramm fortzuschreiben. Dies ist Notwendigkeit und Chance zugleich. Das schlechte Abschneiden bei den letzten drei Bundestagswahlen hat seine Ursache auch darin, dass es gerade für die Union nicht ausreicht, für jedes Problem eine handwerklich solide und technisch plausible Problemlösung vorzuschlagen. Die Menschen wollen gerade von einer C-Partei wissen, warum bestimmte Vorschläge gemacht werden, welches Werteverständnis dahinter steht. Die Debatte um die Fortschreibung des Grundsatzprogramms bietet dafür ein Forum und die Chance, das Profil zu schärfen, das die CDU von anderen Parteien unterscheidet und ihr zugleich im tagespolitischen Pragmatismus Halt gibt.

Das erste Grundsatzprogramm der Partei war 1978 nach einem sechsjährigen Diskussionsprozess in Ludwigshafen verabschiedet worden. Helmut Kohl hatte diesen Prozess in der damals für die Union ungewohnten Oppositionsphase eingeleitet. Er war Teil der Öffnung zur Volkspartei (die CDU verdreifachte ihre Mitglieder in wenigen Jahren) und Vorbereitung für neue Regierungsfähigkeit zugleich. In den Jahrzehnten zuvor hatte es zwar verschiedene programmatische Erklärungen gegeben, diese waren aber eher dem Alltag der Regierungspartei CDU geschuldet als der Reflektion über die Grundlagen des eigenen politischen Handelns.

1994 wurde eine neue Version des Grundsatzprogramms in Hamburg beschlossen. Schon diese Fortschreibung stand unter Zeitdruck und hier liegt auch ein Handicap im jetzt neu beginnenden Fortschreibungsprozess: Wegen der Landtagswahlen 2008 in Hessen, Niedersachsen und Bayern soll das überarbeitete Programm schon bei einem Parteitag Ende 2007 verabschiedet werden.

Dem Zeitdruck die Diskussionsbreite und –tiefe nicht völlig zu opfern ist wichtig, denn bei

einer Grundsatzprogrammdiskussion ist zu guten Teilen der Weg das Ziel. Je länger Parteimitglieder an der Basis Zeit zu Diskussionen und Reflektion haben, umso mehr identifizieren sie sich hinterher mit dem Verabschiedeten. Je kürzer die Diskussionsphase, umso höher die Gefahr von medienwirksamen, aber kurzlebigen Parteitagsbeschlüssen..

1) Menschenbild und Grundwerte: Kontinuität statt Neufassung

Die Grundsatzprogrammdebatte wurde von Angela Merkel zu Recht unter das Motto „Forschreibung“ des geltenden Programms gestellt. Vor allem ist eine Neufassung der Eingangskapitel über das christliche Menschenbild und die Grundwerte weder erforderlich noch sinnvoll. Sie würde im Gegenteil nur Missverständnisse auslösen, denn Grundwerte wirft man nicht einfach über Bord und das Menschenbild kann nicht in jedem Jahrzehnt neu definiert werden.

Dieses christliche Menschenbild ist und bleibt der entscheidende Bezugspunkt der Unionspolitik. Sie erhebt den Anspruch, dem Menschen gerecht werden zu wollen. Deshalb ist es so wichtig, sich über das Bild vom Menschen klar zu werden. Nur wer benennt, welches Menschenbild er hat, legt den Maßstab für politische Entscheidungen, die dem Menschen gerecht werden.

Das christliche Menschenbild sieht den Menschen ausdrücklich als Geschöpf Gottes und bekennt sich deshalb zu seiner Einmaligkeit und Begrenztheit. Unveräußerliche Würde, Gleichwertigkeit, Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit zeichnen alle Menschen aus und beschreiben das christliche Menschenbild. Daraus leiten sich die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ab. Diese Grundwerte stehen in einem Spannungsverhältnis, dürfen einander aber nicht verdrängen.

Natürlich lassen sich ein solches Menschenbild und diese Grundwerte auch aus anderen Traditionen als der des Christentums begründen. Für die CDU ist das aber der entscheidende Bezugspunkt. Dieses Fundament christlich-demokratischer Politik ist nur scheinbar abstrakt, auch ihrer ergeben sich klare Folgerungen für konkrete politische Fragestellungen.

2) Anfang und Ende des Lebens: Klarheit statt Verschwommenheit

Ganz unmittelbar mit dem christlichen Menschenbild hängt die politische Behandlung aller Fragen zusammen, die mit dem Beginn und Ende des Lebens zu tun haben: Embryonenschutz in der Forschung, das Nein zu Abtreibungen, Sterbebegleitung statt Sterbehilfe. An der Haltung der Union zu diesen Fragen entscheidet sich in besonderer Weise ihre Glaubwürdigkeit. Lebensschutz ist das Fundament des Schutzes der Menschenwürde.

Wann menschliches Leben beginnt, wird ebenso debattiert wie die Frage, wann es endet. Wer sich auf das christliche Menschenbild beruft, muss hier im Zweifelsfall für die restriktive Interpretation eintreten, denn nur so ist der Schutz der Menschenwürde zweifelsfrei sicherzustellen. Die Union muss deshalb sowohl in ihrer Ablehnung embryonaler Stammzellenforschung wie auch lebensverkürzender Sterbehilfe glasklar sein. Die Grundsatzdebatte bietet dafür eine gute Gelegenheit.

In diesem Zusammenhang gilt es auch klarzustellen, dass wegen Begrenztheit des Menschen bestimmte Fragen seinem Zugriff entzogen bleiben müssen. So gibt es eben weder ein Recht auf Kind im jeden Preis noch gar ein Recht auf ein gesundes Kind. Künstlicher Befruchtung müssen Grenzen gesetzt werden, wo Erwachsenenegoismus das Kindeswohl ignoriert – z. B. durch künstliche Befruchtung im fortgeschrittenen Alter. Pränatale Diagnostik und Fruchtwasseruntersuchungen dürfen nicht zu Selektionsmechanismen für Abtreibungen wahrscheinlich behinderter Kinder missbraucht werden. Es gibt auch kein Recht auf einfaches Sterben. Leben zu geben und zu nehmen muss der Verfügbarkeit dem Menschen entzogen bleiben. In diesen Fragen würde die Grundsatzprogrammdebatte sich mit Kompromissformeln selbst ad absurdum führen.

3) Soziale Marktwirtschaft: Politik für alle und nicht für einige

Gerade vor dem Hintergrund des christlichen Menschenbildes zwingt die Grundsatzprogrammdebatte auch zur Behandlung der Frage, welche Antworten die Soziale Marktwirtschaft zu den neuen Fragen der Zeit gibt. Das gilt besonders für den sich ständig beschleunigenden internationalen Wettbewerb, d. h. die Herausforderungen der Globalisierung.

Wer Soziale Marktwirtschaft ernst nimmt, kann den Grundsatz des Wettbewerbs nicht an nationalen Grenzen enden lassen. Für den eigenen Export zu kämpfen, den Import aber mit

Protektionismus zu erschweren, geht nicht zusammen. Zugleich gilt es zu definieren, welche Bedingungen auch im internationalen Markt gelten müssen, damit der Wettbewerb fair abläuft. Populär ist eine Politik des offenen Handelns nicht immer, aber sie ist auch in deutschem Interesse. Nur wenn andere Volkswirtschaften an uns verkaufen können, haben sie auch die Kaufkraft, von uns zu kaufen.

Aber nicht nur im internationalen Zusammenhang hat die Soziale Marktwirtschaft den Anspruch, Politik für alle zu sein, nicht nur für einige. Dies gilt auch im Innern. Es entspricht weder dem Ziel der Sozialen Marktwirtschaft noch dem christlichen Menschenbild, wenn bestimmte Gruppen der Bevölkerung praktisch ausgegrenzt werden. Die Union hat sich in den letzten Jahren zu Recht besonders um Hochbegabte und Leistungsträger gekümmert, die im allgemeinen Interesse bessere Chancen brauchen, damit sie nicht emigrieren oder innerlich resignieren. Der jüngste Ärztestreit ist hier nur ein kleines Symptom.

Aus dem Blick geraten in unserer Gesellschaft aber zu leicht jene Menschen, die in einer sich ständig modernisierenden Wirtschaft nicht mithalten können (z. B. Langzeitarbeitlose). Wir haben uns angewöhnt, zu glauben, dass ihre Bedürfnisse durch staatliche Transferleistungen zu befriedigen sind. De facto aber grenzen wir damit diese Mitbürger aus der Arbeitswelt und damit auch zu einem großen Teil aus dem Alltagsleben unserer Gesellschaft aus. Wer früher im Betrieb „den Hof gefegt“ hat und damit integriert war, ist heute oft Sozialhilfeempfänger ohne regelmäßigen Lebensalltag.

Der Mensch lebt aber nicht vom Brot allein und das christliche Menschenbild billigt auch jedem das gleiche Recht zu, sich als nützlich für die Gemeinschaft zu empfinden und gebraucht zu werden. Es ist deshalb nicht in Ordnung, einfache Tätigkeit mit ihrer Chance zur Integration in die Gesellschaft zu diskreditieren und von oben herab verächtlich zu machen. Soziale Marktwirtschaft hat nicht nur „Wohlstand für alle“ zum Ziel, sondern ist auch der Integration aller in die Gemeinschaft verpflichtet.

4. Familienpolitik: Wahlfreiheit statt Umerziehung

Ein besonderer Prüfstein in der Grundsatzdebatte ist die Familienpolitik. Voraussichtlich wird

die Große Koalition parallel zur Grundsatzprogrammdebatte das Elterngeld einführen. Damit ergibt sich die ganz zentrale Frage, ob die Programmdebatte in der CDU zur Legitimierung dieses Konzeptes benutzt wird oder dazu, das eigene Profil der CDU zu beschreiben.

Das Elterngeld rüttelt an einem wesentlichen Endpunkt des bisherigen familienpolitischen Konzeptes der CDU, am Grundsatz der Wahlfreiheit. Zu den ersten ordnungspolitischen Weichenstellungen der Regierung Helmut Kohl gehörte gegen den Widerstand der Sozialdemokraten die Einführung eines Erziehungsgeldes, dessen Zahlung unabhängig davon ist, ob sich die Frau für die Berufstätigkeit entschieden hatte oder nicht. In ihrem Regierungsprogramm 2005 hat die Union angekündigt im Steuerrecht ein Kindergeldfreibetrag von 8.000,- € einzuführen – wiederum unabhängig von der Berufstätigkeit der Mütter.

Das nunmehr im Koalitionsvertrag festgeschriebene und aus dem Programm der SPD entnommene Elterngeld soll aber nur an die gezahlt werden, die wegen der Betreuung eines Kindes im Beruf pausieren. Sie sollen 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens erhalten. Mütter ohne Berufstätigkeit sollen nur einen deutlich niedrigeren Sockelbetrag ähnlich dem bisherigen Bundeserziehungsgeld erhalten.

Damit macht das Elterngeld die Ungleichbehandlung verschiedener gleichwertiger Lebensentwürfe zum Prinzip. Abgesehen davon, dass der Staat sich aus dieser privaten Entscheidung herauszuhalten hat, ignoriert das Konzept auch die Lebenswirklichkeit der Mehrheit junger Mütter. Nur 21 Prozent der ca. 8,7 Millionen. Mütter mit Kindern unter 18 Jahren hat eine Vollzeitbeschäftigung – allerdings mit deutlichem Unterschied in den alten und neuen Ländern (West: 16,6 %, Ost 44 %). Von den 1,8 Mio. Müttern von Kindern unter drei Jahren haben nur 12,5 Prozent eine Vollzeittätigkeit, weitere 18,7 Prozent einen Teilzeitjob. Das Elterngeld fokussiert die Familienförderung also mit der Konzentration auf berufstätige Mütter auf den kleinen Teil junger Mütter.

Ganz offen wird als Motiv für diesen staatliche Bevorzugung eines bestimmten Familienmodells die Notwendigkeit einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote angesichts der demographischen Entwicklung genannt. So wird aus Familienpolitik Wirtschaftspolitik. Dies war bisher nicht die Betrachtungsweise der CDU.

Außerdem soll das Elterngeld nur gewährt werden, wenn auch Väter eine gewisse Zeit auf die Berufstätigkeit verzichten. Abgesehen vom staatlichen Eingriff in die Familienautonomie mit einer unverhüllten Umerziehungsattitüde liegt hier übrigens auch ein sozialpolitisches Problem: für Durchschnittsfamilien mit einem Einkommen ist der Verzicht auf ein Drittel des Monatseinkommens nicht realistisch und zumutbar. Die Union muss sich davor hüten, die privilegierte Akademiker-Sicht zum Maßstab ihrer Betrachtungen zu machen und kann auch im Blick auf das christliche Menschenbild keine staatlichen Fördermaßstäbe akzeptieren, die von der Durchschnittsfamilie gar nicht in Anspruch genommen werden können.

Es spricht alles dafür, den Frauen, die Beruf und Familie miteinander vereinbaren wollen, dies zu erleichtern. Dies gilt umso mehr als angesichts der wachsenden Zahl von Alleinerziehenden: viele Mütter und Väter hier gar keine Wahl haben. Deshalb führen Überlegungen in die richtige Richtung, die beitragsfreie Kindergartenplätze und flächendeckende Ganztagsangebote zum Ziel haben. Hier gibt es – auch von der Union mitverschuldeten – großen Nachholbedarf.

Aber das Gerede von der berufstätigen „Rabenmutter“ noch das von „Heimchen am Herd“ entspricht dem christlichen Menschenbild und dem gleichen Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe. Der Staat sollte sich in der Familienpolitik auf die Seite der Kinder schlagen und nicht auf die Seite eines bestimmten Lebensmodells der Erwachsenen.

5) Europa und die Welt: Universalität statt Provinzilität

Das Bekenntnis zum christlichen Menschenbild hat auch Konsequenzen für die Außenpolitik. Dieses Menschenbild lässt sich nämlich nicht durch Geographie, Rasse, Religion oder sozialen Stand begrenzen. Es ist universell und zwingt auch die Außenpolitik zur Orientierung an Grundwerten.

So berührt der sich verschärfende Armutskonflikt zwischen Nord und Süd den Kern des christlichen Menschenbildes. Das Postulat einer Nichteinmischung in innere Angelegenheiten kann nicht gelten, wenn grundlegende Menschenrechte verletzt werden oder gar Völkermord praktiziert wird. Handelspartner dürfen nicht isoliert von ihrem Verhältnis zu

Menschenrechten gesehen werden. Zwischen Demokratie und Diktatur sind klare Unterschiede in der Enge der Beziehungen zwingend.

Wer sich zur Würde, Verschiedenartigkeit, Gleichwertigkeit und Unvollkommenheit des Menschen bekennt, kann sich internationaler Verantwortung nicht verweigern. Diese internationale Verantwortung wird immer globaler. Umso weniger ist sie für die Deutschen national zu schultern. Hier wächst den Europäern eine gemeinsame Aufgabe zu.

Daraus ergibt sich auch eine neue, zusätzliche Legitimation der europäischen Einigung. In den letzten Jahrzehnten hat sie sich vor allem als erfolgreiches Modell der Friedens- und Freiheitssicherung auf unserem Kontinent bewährt. Dies bleibt notwendig und richtig und der Auftrag nach innen. Aber Europa gewinnt neue Legitimität, wenn es seine Grundwerte nicht nur nach innen sichert, sondern auch außerhalb verteidigt. Nur so hat Europa auch die freiheitliche politische Kultur des christlichen Abendlandes für sich selbst zu bewahren.

Dies sind nur fünf wichtige Felder für die Grundsatzprogrammdebatte der CDU. Ihre Lebendigkeit hängt von der Klarheit eigener Positionen ab. Dazu gehört der Respekt vor anderer Meinung, aber Toleranz wäre ohne eigenen Standpunkt nur ein anderes Wort für Beliebigkeit. Und das Grundsatzprogramm einer Partei muss diesen eigenen Standpunkt klar und verständlich beschreiben und begründen..